

Neu-köllnisch **DIE LINKE. PDS**

Linkes Informations- und Diskussionsblatt

Bayer steht bei Berlin im Wort

Der angekündigte Arbeitsplatzabbau bei Bayer-Schering ist der Preis dafür, dass Bayer bei der Übernahme von Schering viel Geld für die Abfindung der Aktionäre hingelegt hat. Das hat mit realwirtschaftlichen Entwicklungen nichts zu tun. Dass die auf die Börse ausgerichteten Funktionen wie Buchhaltung oder Bilanzierung bei Schering wegfallen, war von Anfang an absehbar. Kritisch scheint gegenwärtig vor allem der Bereich der Entwicklung, weniger die eigentliche Forschung. Wir haben dem Konzernvorstand deutlich gemacht, dass wir eine faire Lösung erwarten. Es darf keine betriebsbedingten Kündigungen geben. Nun soll Berlin auch noch überproportional mit Stellenkürzungen belastet werden. Die Streichung von 1000 Arbeitsplätzen, die im Raum steht, entspricht nicht den Erwartungen, die bei der Übernahme geweckt worden sind und wir werden es auch nicht akzeptieren. Die Einflussmöglichkeiten der Politik auf die Konzerne sind allerdings beschränkt. Es gibt aber die Möglichkeit, gemeinsam mit der Öffentlichkeit und der Belegschaft moralischen Druck auszuüben. Ich habe nicht vor, zu einem Boykott von Aspirin aufzurufen. Das wäre die falsche Position. Die Verbraucher wissen ja, dass es das gleiche Produkt zu günstigeren Preisen gibt. Auch in Berlin.

Unterstützen Sie die Protestaktionen der Mitarbeiter von Bayer-Schering. Wir brauchen jeden Arbeitsplatz in Berlin!

Harald Wolf
Wirtschaftssenator

Aktions-Stände in Neukölln

Wir stehen am 17. März 2007 von 11 bis 13 Uhr auf dem Hermannplatz und von 10 bis 12 Uhr vor den Gropiuspassagen und sammeln Unterschriften gegen die »Rente mit 67«.

Bitte nutzen Sie die Gelegenheit Ihren Protest auszudrücken.

Rente mit 67 ist Renten kürzung

Linksfraktion macht gegen die Pläne der Regierung mobil



»Nein, Danke!« zu den Plänen der Regierung.

Foto: Archiv

Rund eine Viertelmillion Menschen legten in Deutschland Ende Januar, Anfang Februar stundenweise die Arbeit nieder. Doch dieses Mal ging es nicht um Lohnprozente, sondern um die Rente mit 67. Diese Aktionen kamen auch im Bundestag an, dank einer von der Linksfraktion organisierten Öffentlichen Anhörung sowie einer folgenden Aktuellen Stunde.

An deutlicher Kritik fehlte es dabei nicht. Eine „konzeptionslose Demontage des Rentensystems“ nannte Prof. Winfried Schmähl von der Uni Bremen die Rente mit 67. Einig waren sich die Experten von Gewerkschaften, Sozialverbänden und Wissenschaft, dass die Rente mit 67 in der Konsequenz einer Renten kürzung gleichkommt.

Klaus Wiesehügel, Vorsitzender der IG BAU, machte darauf aufmerksam, dass gerade im Baugewerbe der Anteil derer, die erst mit 65 Jahren in die Rente gehen, bei 5 Prozent liegt. Dachdecker haben sogar nur eine durchschnittliche Lebenserwartung von 63 Jahren. Da klingt Rente mit 67 reichlich makaber.

Wie verlogen die Debatte seitens der Regierungsfractionen geführt wird, zeigte sich in der Aktuelle Stunde. Dort argumentierte ein Unionsabgeordneter, ein Eintrittsalter von 67 Jahren sei keine Renten kürzung, weil ja die Menschen künftig immer länger Rente bezögen

- statt heute 17 Jahre würden es im Jahr 2030 18 Jahre sein. Wenn die Union ihre eigenen Argumente ernst nimmt, frage mich allerdings, warum man dann das Eintrittsalter um zwei Jahre anheben will?

Die tatsächliche Lage aber ist ganz anders. Der Präsident der Volkssolidarität, Prof. Dr. Gunnar Winkler, wies darauf hin, dass heute schon 40 Prozent

der Neurentner spürbare Abschlüsse in Kauf zu nehmen haben. Die Rente mit 67 würde diese Entwicklung nur verstärken - steigende Altersarmut wäre programmiert.

Den Bedingungen physisch und psychisch besonders belasteter Beschäftigter trägt schon das derzeitige Rentensystem immer weniger Rechnung. Angesichts der aktuellen arbeitsmarktpolitischen Situation hält Hans-Jürgen Urban von der Grundsatzabteilung der IG Metall das Vorhaben Rente mit 67 denn auch für blanken Zynismus. Ziel der „Reform“

sei vor allem, die Privatisierung der Sozialsysteme voranzutreiben.

Übereinstimmung herrschte auch in dem Punkt, nicht demografische Faktoren, sondern die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und die Zunahme prekärer Beschäftigung sind grundlegende Ursachen für die Finanzprobleme der Rentenversicherung.

Deshalb muss es Ziel sein, ihre finanzielle Basis zu verbreitern, indem alle Beschäftigten einbezogen sowie Beiträge und Steuern vernünftig kombiniert werden. Es gilt, das Rentensystem auf Grundlage einer solidarischen Bürgerversicherung weiter zu entwickeln.

Dr. Dagmar Enkelmann
Parlamentarische Geschäftsführerin
der Bundestagsfraktion DIE LINKE

CDU ideenlos

Bericht von der BVV vom 28. Februar

Es ist schade, dass so wenig Bürger die Einwohnerfragestunde der BVV nutzen. Die eingegangenen Fragen waren wenig konkret und dementsprechend fielen auch die Antworten aus. Das war Wasser auf die Mühlen der CDU, die die Fragestunde schon lange abgeschafft haben wollen, da die Bürger ja eigentlich nur stören würden und so wie so keine Ahnung hätten bzw. immer nur die gleichen Leute die gleichen Fragen stellen. Die Bürgerfragestunde wird natürlich bleiben! Dazu ist es allerdings nötig, dass sich interessierte Bürger finden und sich einmischen.

Die Atmosphäre dieser BVV war eigenartig. Abgesehen davon, dass die Tagesordnung vollgestopft war, herrschte eine komische Stimmung. Die fraktionslosen Verordneten (NPD) saßen gelangweilt und angeödet auf ihrer Bank, die CDU schmiedete zu jeder Gelegenheit den Grünen „Rotz um die Backen“ und glänzte durch Ideenlosigkeit. So plätscherte die BVV dahin, bis die angesetzte Zeit verstrichen war. Entscheidendes wurde an diesem Abend nicht bewegt.

Kita-Eigenbetrieb

Bei der Diskussion um ein mögliches Defizit des Kita-Eigenbetriebes sprach Christina Schwarzer (CDU) mit seidig weicher Stimme zur neuen Jugendstadträtin Gabriele Vonnekold (Grüne) und sicherte ihr Mithilfe zu. Diese Einmütigkeit hat für mich ein eigenartigen Nachgeschmack, zielt doch alles darauf ab, die Zählgemeinschaft zu spalten, um Stefanie Vogelsang (CDU, Kreisvorsitzende) das langersehnte Ziel Bürgermeisterin zu werden, durch die Hintertür zu ermöglichen.

Die Bilanz des Eigenbetriebes liegt noch nicht vor. Der Start war nicht sehr glücklich. War es doch sehr schwer einen geeigneten Geschäftsführer zu finden, zumal der eingesetzte Leiter nach kurzer Zeit das Handtuch warf.

Positiv in diesem Zusammenhang ist, dass sich die Zahl der anmeldeten Kinder leicht erhöht hat. Ich hoffe, dass noch mehr Eltern das kostenfreie Kita-Jahr in Anspruch nehmen. Bieten sie doch so ihren Kindern einen besseren Start ins Schulleben. Es wird Zeit, dass der Kita-Besuch ab dem Alter von drei Jahren kostenfrei wird. Für viele Kinder,



gerade nichtdeutscher Herkunft, ist es förderlich sehr früh mit der Spracherziehung anzufangen. Eine breit angelegte Aufklärungs- und Werbekampagne des Jugendamtes würde zum einen mehr Eltern erreichen und zum Anderen die vorhandenen Kapazitäten der Neuköllner Kitas auslasten. Anderenfalls müssten Einrichtungen geschlossen werden. Das Angebot ist da. Es muss nur genutzt werden!

Investitionsplanung 2007 bis 2011

Mittels einer Investitionsplanung signalisiert der Bezirk, wo die Entwicklungsschwerpunkte der nächsten

Jahre liegen und welche Vorhaben realisiert werden sollen. Die Investitionsplanung für Neukölln wurde, nach kurzfristig organisierter Bürgerbeteiligung, in der BVV beschlossen. Dem Hauptausschuss lagen bei der Beratung ca. 70 Bürgermeinungen vor, wo von nur neun eine ablehnende Position einnahmen. Die Widersprüche bezogen sich ausschließlich auf die Umgestaltung Nord-Neuköllns. Auf der nächsten Sitzung des Ausschusses wird beraten, wie wir die Bürgerbeteiligung zur Haushaltsdiskussion 2008/09 organisieren. Auch diese kann nicht so durchgeführt werden, wie es wünschenswert wäre. Eine umfassende Beteiligung muss ca. ein Jahr Vorlauf haben, um entsprechende und ausreichende Mitsprache zu gewährleisten. In diesem Jahr haben wir aber nur zwei Monate Zeit. Wir werden versuchen, dass Bezirksamt dahin zu verpflichten, dass der variable Teil (Sachmittel) pro Fachbereich kenntlich gemacht und zur Diskussion gestellt wird. Diese Diskussion müsste dann in den Fachausschüssen erfolgen. Bürgerversammlungen in Kiezen oder Stadtteilen wird in der kurzen Zeit nicht machbar sein.

Die Sitzungstermine werden rechtzeitig veröffentlicht. Ich hoffe auf großes Interesse der Bürger, als Signal an die Verwaltung, dass künftig auch in Neukölln die Bürger mitreden wollen.

Sylvia Stelz

Fraktionsvorsitzende

* Die vollständigen Unterlagen der BVV können im Rathaus, Raum A 307, oder in der Geschäftsstelle am Richardplatz 16 eingesehen werden.

AK ErwiN – wer ist das?

Nein, ErwiN ist kein Musiker, kein Maler und auch kein Politiker (wie Erwin Huber, CSU). Hinter dem Kürzel Erwin verbirgt sich, die 1996 von Georg Weise ins Leben gerufene **Erwerbsloseninitiative Neukölln**, wobei Wert darauf gelegt wird, von Parteien, Glaubensgemeinschaften und ebenso von Religion und Nationalität unabhängig und für die Belange von Erwerbslosen ein möglichst kompetenter Ansprechpartner zu sein.

AK ErwiN steht für die Beseitigung der Erwerbslosigkeit eben so ein, wie für die Verlängerung des Sozialtickets. Daneben macht AK ErwiN mobil gegen die Verschlechterung in der Arbeitsgesetzgebung und vieles mehr.

Die Umsetzung findet einerseits in Form von Aktivitäten statt. Wir mobilisieren für Demonstrationen und beteiligen uns aktiv Protestaktionen gegen den Sozialabbau. Andererseits bietet AK ErwiN jeden ersten und dritten Dienstag im Monat ein Frühstück an. Dieses Frühstück kann und soll von Erwerbslosen, wie auch von allgemein Interessierten, genutzt werden, um die soziale Isolation zu durchbrechen, oder sich einfach mal den Frust mit der Erwerbslosigkeit von der Seele zu reden.

Daneben treffen sich an den zweiten und vierten Dienstagen im Monat Interessierte, um beispielsweise Flyer zu erstellen, oder Aktionen bei Demonstrationen und Kundgebungen zu planen und zu realisieren.

AK ErwiN steht im Austausch mit Vereinen und Interessengemeinschaften. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf Gruppen mit Migrationshintergrund, die in ihrer Landessprache Beratungen durchführen.

Rainer Schöttker, Stefan Grätz

Termine in der Übersicht:

1. und 3. Dienstag: Frühstück von 11.00 bis etwa 14.00 Uhr,

2. und 4. Dienstag: Arbeitstreffen von 17.00 bis etwa 19.00 Uhr.

Ort: Geschäftsstelle der Linkspartei Neukölln, Richardplatz 16, 12055 Berlin

chile freundschaftsgesellschaft „salvador allende“ e.v.

Jonasstr. 29, 12053 Berlin

BILDER AUS NEUKÖLLN

der 1950er Jahre bis heute
Aquarelle von Gerhard Kopp

6. März bis 12. April 2007
Di - Do 12.00 - 18.00 Uhr

G8 verhindern Klimaschutz

Konzerne blockieren Umstieg auf erneuerbare Energien



Hinter einem Sicherheitszaun für 12,5 Millionen Euro tagt der G8-Gipfel.

Foto: Archiv

Der erschreckende Klimabericht der Vereinten Nationen lässt keinen Zweifel mehr daran: Die Welt steuert auf eine Katastrophe zu. Die Ursachen dafür sind seit langem bekannt: CO² (Kohlendioxid) ist das wichtigste Treibhausgas, verursacht durch die weltweite Abhängigkeit der Wirtschaft von fossilen Energieträgern Erdöl, Erdgas und Kohle.

Die Klimaexperten sind sich einig: Um das Schlimmste zu verhindern muss der CO²-Ausstoß bis zum Jahr 2050 um 60 bis 80 Prozent reduziert werden. Die großen Industriestaaten könnten sofort etwas ändern: Allein die 7 mächtigsten Industrienationen plus Russland, die so genannte „Gruppe der Acht“ (G8), sind für 43,1 Prozent des CO²-Ausstoßes verantwortlich. Doch die Regierungen der G8 weigern sich hartnäckig, auf umweltfreundliche erneuerbare Energien umzusteigen: „Keine Zahlen, keine genauen Abmachungen, nichts als schöne Worte“, so beurteilte der Klimaforscher Hans Joachim Schellnhuber vor zwei Jahren die Klima-Politik der G8. Auf ihrem letzten Treffen in Petersburg 2006 beschlossen die G8 den Ausbau der Energiegewinnung aus Kohle. Bush und Putin einigten sich sogar auf eine neue Nuklear-Initiative mit unkontrollierbaren Risiken für Mensch und Umwelt.

Die Staaten der G8 vertreten die Interessen der mächtigen fossilen und atomaren Energiekonzerne. 16 der größten 25 Unternehmen der

Welt gehören der Ölindustrie und der mit ihr verbundenen Automobilindustrie an. Sie alle blockieren das Umsteigen auf erneuerbare Energien, denn sie sehen ihre Profite bedroht: So machte der US-amerikanische Konzern Exxon-Mobil, der für 5 Prozent der CO²-Emissionen verantwortlich ist, 2006 einen Jahresgewinn von 39,5 Milliarden Dollar und finanzierte für 16 Milliarden US-Dollar eine Kampagne gegen Klimaschutz. Da die Macht der G8-Staaten auf der wirtschaftlichen Stärke dieser Konzerne beruht, setzen sie sich für deren Schutz und Wachstum ein. Ganz offensichtlich ist dies in den USA: Präsident Bush ist ein Präsident der Ölindustrie.

Auf dem diesjährigen G8-Gipfel in Heiligendamm hat Deutschland und damit Bundeskanzlerin Merkel den Vorsitz. Klimasünder haben von der schwarz-roten Bundesregierung jedoch wenig zu befürchten: Demonstrativ stellte sich Angela Merkel im Januar auf dem Europatag der Deutschen Wirtschaft hinter die Autokonzerne: Sie versprach, „mit aller Härte“ gegen eine von der EU festgesetzte Reduktion des CO²-Ausstoßes für Autos zu kämpfen. Gleichzeitig fördert Bundesum-

weltminister Sigmar Gabriel (SPD) den Neubau klimaschädigender Kohlekraftwerke wie des RWE-Braunkohlekraftwerkes Neurath bei Köln. 14 Jahre lang soll es von allen Klimaschutzauflagen ausgenommen werden.

Gegen eine Politik der G8-Staaten, die Menschenleben und unsere Erde zerstört wollen wir gemeinsam am 2. Juni in Rostock protestieren.

*Regina Sternal,
Linkspartei und WASG Mitte*

Mehr Informationen im Internet:
www.gipfelproteste-dielinke.de

20 Millionen Tonnen Kohlendioxid

2004 bliesen Berliner Kraftwerke, Fabriken, Autos und Haushalte „nur“ noch 20 Millionen Tonnen Kohlendioxid in die Atmosphäre. Ein Großteil der Reduzierung seit der Wende ist darauf zurückzuführen, dass viele Industrieanlagen, hauptsächlich im Osten, stillgelegt wurden. Aber der Schadstoffausstoß von Verkehr und privaten Haushalten hat enorm zugenommen. Wenn allerdings die Wirtschaft, wie versprochen, wieder besser läuft und damit mehr Energie verbraucht, ist ein abgestimmtes und umweltfreundliches Konzept für Berlin unumgänglich. Nur die Plakette für die Autos bring es nicht!

Sylvia Stelz



**NO
G8**

**Menschen
vor Profite!**

www.gipfelproteste-dielinke.de

Klimawandel und G8

Diskussion mit
Elmar Altvater und Heike Hänsel

**18. April 2007,
19 Uhr**

Werkstatt der Kulturen,
Wissmannstraße 32, 12049 Berlin

DIE LINKE.

Wir entscheiden! Urabstimmung für neue Partei DIE LINKE beginnt Ende März

Die Abstimmungsfrage lautet:

»Stimmst du dem Entwurf des Verschmelzungsvertrages zwischen WASG und Linkspartei.PDS und damit der Verschmelzung von WASG und Linkspartei.PDS auf der Grundlage der beschlossenen Gründungsdokumente zu?« Ja – Nein

Bis 30. März sollten alle Mitglieder die Unterlagen per Post zugeschickt bekommen haben. Wer bis 10. April 2007 keine Post bekommen hat, meldet sich bitte unter Tel.: 24009-289 in der Landesgeschäftsstelle.

Ihr könnt die verschlossenen Briefe in den Bezirksgeschäftsstellen abgeben, oder auch per Post direkt an die Landesgeschäftsstelle schicken.

Bis 18. Mai, 18.00 Uhr sollten die Antworten eingegangen sein. Am 19. Mai wird das Ergebnis ermittelt und veröffentlicht.

Wir – die Mitglieder der Partei – entscheiden jetzt und wir sollten dafür sorgen, dass viele Genossinnen und Genossen von diesem Recht Gebrauch machen. Meine Empfehlung: Stimmt mit Ja!

Carsten Schatz,

Landesgeschäftsführer

Gericht bestätigt Flughafenstrategie

Zum Urteil des OVG, den Flughafen Tempelhof im Oktober 2008 zu schließen, erklärt die verkehrspolitische Sprecherin der Linksfraktion Jutta Matuschek:

Das Gericht hat die Entscheidung der Gesellschafter zur Schließung Tempelhofs bestätigt. Es hat damit der Strategie des Senats, den gesamten Flugverkehr auf einem Standort, nämlich in Schönefeld, zu konzentrieren und die innerstädtischen Gebiete von den Belastungen des Flugverkehrs zu befreien, zur rechtlichen Durchsetzung verholfen. Das ist gut für die Anwohnerinnen und Anwohner von Tempelhof. Und das ist gut für BBI. Die rechtliche Grundlage für den neuen Flughafen beruht eben nicht nur auf einer Säule, wie von den Anhängern eines Weiterbetriebes in Tempelhof behauptet, sondern auf drei Säulen: der Entlastung großer Bevölkerungsgruppen von den Gefahren des innerstädtischen Flugverkehrs, der nötigen Konzentration auf einen Standort zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des Flughafenbetriebes und der nötigen Kapazitätserweiterung zur Abwicklung des künftigen Bedarfs. Die Linksfraktion begrüßt die Gerichts-

entscheidung.

Angeichts des Urteils sollte sich auch die Deutsche Bahn auf ihre eigentliche Aufgabe – den Eisenbahnverkehr konzentrieren, statt sich in weiteren Abenteuern zu verlieren.

Die Berliner Linkspartei organisiert Busse, um gemeinsam an der Großdemo am 2. Juni 2007 in Rostock teilzunehmen.

Dazu bitten wir um Eure/Ihre Anmeldung. Per Post, per Mail oder im Internet unter www.linkspartei-berlin.de. Wer nicht mitfahren kann, den bitten wir trotzdem um eine Spende von 10 Euro damit Leute mitfahren können, die kein oder wenig Geld haben.

Ich melde mich verbindlich an am 2. Juni mit zur Großdemo gegen den G8-Gipfel zu fahren und spende 10 Euro.

Ich bewerbe mich für einen Soli-Platz, die Anmeldung ist trotzdem verbindlich.

Ich kann nicht mitfahren, möchte aber für andere Mitfahrende die Fahrt ermöglichen und spende 10 Euro für einen Soli-Platz.

Name, Vorname _____

Adresse _____

E-Mail-Adresse _____

Telefon _____

Die Linkspartei.PDS Berlin, Konto-Nr: 4 384 816 800, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: Spende, Name, Vorname

Die Anmeldung gilt als verbindlich nach Zahlungseingang beziehungsweise bei Bestätigung durch uns.

Bitte schicken an: Die Linke.PDS Berlin, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, oder per E-Mail an no-g8@linkspartei-berlin.de

V.i.S.d.P. Carsten Schatz

Termine der Linke.PDS

Bezirksvorstand

Fr. 9. und 30. März, 17 Uhr
Richardplatz 16

Mitgliederversammlung

Fr. 30. März, 19 Uhr
Richardplatz 16

Fraktionssitzung

Mo. 19. und 26. März, 18 Uhr
Rathaus, Raum A 307

BW

Mi. 28. Februar, 17 Uhr
Rathaus, BVV-Saal

B.O.N.N.

Di. 13. März, 19 Uhr
Richardplatz 16

Projekt G8

Do. 15. und 29. März, 19 Uhr
Richardplatz 16

Junge Linke

Mi. 7. und 21. März, 19 Uhr
Richardplatz 16

www.jungelinke-neukoelln.de

AG Migration

Do. 8. März, 17 Uhr
Richardplatz 16

AG Bildung

Do. 8. und 22. März, 18.30 Uhr
Richardplatz 16

AK Erwin

Erwerbslosenfrühstück
Di. 13. und 27. März, 11 Uhr

Arbeitstreffen

Di. 6. und 20. März, 17 Uhr
jeweils Richardplatz 16

neuköllnisch-Redaktion (NEU !)

Di. 20. März und 3. April, 18 Uhr
Richardplatz 16

IMPRESSUM

»Neu-köllnisch« erscheint 10x im Jahr.

Herausgeber: Linke.PDS Berlin,

Auflage dieser Ausgabe: 1.500

V.i.S.d.P.: Dr. Sylvia Stelz

Geschäftsstelle Neukölln, Richardplatz 16,

12055 Berlin, Tel./Fax: 6 13 59 19

Redaktionsschluss: 2. März 2007

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen

nicht der Ansicht des Herausgebers entsprechen!

Galerie OLGA BENARIO
Richardstraße 104, 12043 Berlin

Ausstellung bis 29. März 2007

Rosa Luxemburg. Ein Leben für die sozialistische Idee

15. März, 19.30 Uhr
Rosa Luxemburg.
Spielfilm BRD 1985,
Regie: Margarethe von Trotta

22. März, 19.30 Uhr
„Von der Sache der Weiber
verstehe ich nichts!“

Rosa Luxemburg und die Frauenpolitik. Referentin: Evelin Wittich

29. März, 19.30 Uhr **Briefe von Rosa Luxemburg.**
Eine Lesung des Galerie-Forums.

